

## Fragen

für die Fragestunde der 203. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 7. November 2012

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	37, 50	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	16, 17
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	63, 64	Dr. Mützenich, Rolf (SPD) .....	21, 22
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) .....	67, 68	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	33, 52
Brase, Willi (SPD) .....	12, 13	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	71, 72
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.) .....	46, 47	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	44, 45
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	29, 30	Dr. Raabe, Sascha (SPD) .....	14, 15
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	38	Röspel, René (SPD) .....	5
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	48, 49	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD) .....	8, 9
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	4, 62	Roth, Karin (Esslingen) (SPD) .....	24, 25
Gerdes, Michael (SPD) .....	6, 7	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	26, 27
Hagemann, Klaus (SPD) .....	3, 28	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD) .....	10
Herzog, Gustav (SPD) .....	65, 66	Schulz, Swen (Spandau) (SPD) .....	1, 2
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	59, 60	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) .....	53, 54
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	34, 35	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	51
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	36, 61	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) .....	57, 58
Kaczmarek, Oliver (SPD) .....	11	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	18, 19
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	31, 32	Wawzyniak, Halina (DIE LINKE.) .....	42, 43
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	20, 23	Weinberg, Harald (DIE LINKE.) .....	55, 56
Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39, 40	Winkler, Josef Philip (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	41
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	69, 70		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	19

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung  
und Forschung**

1. Abgeordneter  
**Swen Schulz**  
(Spandau)  
(SPD)  
Welche für 2013 vorgesehenen Ausgaben aus dem Einzelplan 30 werden aus Sicht der Bundesregierung angesichts der mittelfristigen Finanzplanung ab dem Jahr 2014 nicht mehr möglich sein?
  
2. Abgeordneter  
**Swen Schulz**  
(Spandau)  
(SPD)  
Ist nach Auffassung der Bundesregierung für die geplante Kooperation zwischen Charité – Universitätsmedizin Berlin und MAX-DELBRÜCK-CENTRUM FÜR MOLEKULARE MEDIZIN (MDC) Berlin-Buch eine Änderung des Grundgesetzes (GG) erforderlich, und falls nein, für welche Art von Vorhaben ist die von der Bundesregierung vorgeschlagene Änderung des Artikels 91b GG vorgesehen?
  
3. Abgeordneter  
**Klaus Hagemann**  
(SPD)  
Welche finanziellen Spielräume bzw. noch nicht belegten Mittel sind auf Grundlage des Paktes für Forschung und Innovation nach Äußerungen von Bundesministerin Dr. Annette Schavan in der 103. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, wonach die geplante Kooperation zwischen MDC und Charité in Berlin in den kommenden Jahren aus dem Etat der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) e. V. finanziert werden soll, jeweils bei der HGF, der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung (FhG) e. V. und der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (MPG) e. V. – unter Angabe der prognostizierten Einnahmeverluste bei der FhG aufgrund der von der Bundesregierung vereinbarten neuen Beteiligungsregeln bei dem EU-Programm Horizon 2020, die nicht mehr die Vollkosten umfassen – in 2013 und im Zeitraum bis 2015 noch vorhanden, und in welchem Umfang sind in 2013 und im Zeitraum bis 2015 bei HGF, FhG und MPG Gelder für die bauliche Sanierung von Instituten – unter Angabe des jeweiligen baulichen Sanierungsbedarfs – vorgesehen?
  
4. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche Position, unter Angabe des Zeitplans der Beratung und der beabsichtigten Veranschlagung im Bundesetat, vertritt die Bundesregierung hinsichtlich des EU-Nachtragshaushalts 2012, der nach dem Willen der Europäischen Kommission rund 8,9 Mrd. Euro unter anderem zur weiteren Finanzie-

rung des Studierendenaustauschprogramms Erasmus in diesem Jahr umfassen soll, und inwiefern unterstützt die Bundesregierung den jüngsten Vorschlag der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) für 2014 bis 2020, der den Vorschlag der Europäischen Kommission im Bereich 1a, der Wettbewerbsfähigkeit, Bildung, Forschung und Erasmus beinhaltet, nach der Bereinigung um die neu hineingenommenen Ausgaben für CEF, ITER und GMES um mehr als 10 Prozent kürzt, auch vor dem Hintergrund der im Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung gemachten Zusage, dass sich die Bundesregierung in den Verhandlungen dafür einsetzen werde, „dass der EU-Haushalt auf wachstums- und beschäftigungsfördernde Investitionen ausgerichtet wird“, welches bedeute, „dass es nicht zu Kürzungen zu Lasten von Investitionen in den Struktur- und Kohäsionsfonds sowie im Europäischen Sozialfonds kommen soll“?

5. Abgeordneter  
**René Röspe**  
(SPD)  
Wie stellt sich die Bundesregierung (wie von der Bundesministerin Dr. Annette Schavan in der FAZ vom 31. Oktober 2012 öffentlich dargelegt) künftig die konkrete Ausgestaltung von vereinfachten Prozessen und Verfahrensabläufen im Rahmen des künftigen EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ vor?
  
6. Abgeordneter  
**Michael Gerdes**  
(SPD)  
Wie definiert die Bundesregierung die europäische Innovationsunion, die in dem von Bundesministerin Dr. Annette Schavan am 31. Oktober 2012 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Namensartikel angesprochen wurde, und welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung aktuell durchgeführt, um die gewünschte Innovationsunion Wirklichkeit werden zu lassen?
  
7. Abgeordneter  
**Michael Gerdes**  
(SPD)  
Wann konkret will die Bundesregierung die von der Bundesministerin angesprochene steuerliche Forschungsförderung auf die politische Agenda setzen, und welche weiteren Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Steigerung von Innovationen bzw. innovativen Ideen, aus denen Produkte und Dienstleistungen entstehen?

- 
8. Abgeordneter  
**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
(SPD)
- Welche Gründe führt die Bundesregierung an, die Zuverdienstgrenze im Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) nicht im Gleichschritt zum Inkrafttreten der neuen „Minijob“-Grenze von 450 Euro im Monat ebenfalls zum 1. Januar 2013 anzuheben, und ist noch in dieser Legislaturperiode eine entsprechende BAföG-Änderung vorgesehen?
9. Abgeordneter  
**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
(SPD)
- Welche Position bezieht die Bundesregierung zur Situation bei den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der Teilnehmerzahlen und der Konsolidierungserfordernisse, und welche Vorkehrungen hat sie im Bundeshaushalt getroffen, um eine nachhaltige leistungsfähige ÜBS-Infrastruktur sicherzustellen?
10. Abgeordnete  
**Marianne Schieder**  
(Schwandorf)  
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der bisherigen Resonanz und der mit rund 270 Anerkennungen aus Sicht der Fragestellerin eher geringen Erfolgsquote bei Anerkennungsverfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz?
11. Abgeordneter  
**Oliver Kaczmarek**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Vorschlages der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft die Auffassung, dass wirksamere Erkenntnisse über die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens zu erhalten seien, indem innerhalb von Studien über die Feststellung von Schülerkompetenzen (wie dem IQB-Ländervergleich) weniger der Vergleich einzelner Bundesländer und stärker der Vergleich kohärenter Regionen erfolgt?
12. Abgeordneter  
**Willi Brase**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, dass das im Juli 2012 bekannt gewordene Experiment zur Ozeandüngung der Haida Salmon Restoration Corp. nicht gegen internationales Recht und hierbei insbesondere gegen die UN-Konvention on Biological Diversity (CBD) verstoßen hat, und falls ja, welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Auffassung für die kommenden Diskussionen zum Geoengineering/Climate Engineering?

13. Abgeordneter  
**Willi  
Brase**  
(SPD)
- Hat sich die Bundesregierung bereits eine abschließende Haltung zum Einsatz von Maßnahmen zur Ozeandüngung zum Entzug von Kohlendioxid aus der Atmosphäre gebildet, und welche Experimente zur Ozeandüngung unter Federführung deutscher Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den nächsten Monaten und Jahren geplant?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

14. Abgeordneter  
**Dr. Sascha  
Raabe**  
(SPD)
- Trifft es zu, dass der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, dem Auswärtigen Amt „Untätigkeit“ hinsichtlich der Versorgung von Flüchtlingen im Lager Dadaab (Kenia) vorgeworfen und das Auswärtige Amt aufgefordert hat, für die mit der Ressortvereinbarung der beiden Bundesministerien übernommene Alleinverantwortung für die humanitäre Hilfe „Verantwortung zu zeigen“ (siehe dazu Leipziger Volkszeitung vom 30. Oktober 2012, „Niebel attackiert Auswärtiges Amt“)?

15. Abgeordneter  
**Dr. Sascha  
Raabe**  
(SPD)
- Wie wirkt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf das Auswärtige Amt ein, damit die Versorgung der Flüchtlinge im kenianischen Lager Dadaab auch weiterhin aufrechterhalten bleibt, und sind dem BMZ weitere ähnlich gelagerte Fälle bekannt, in denen das Auswärtige Amt laufende Hilfsmaßnahmen der vormaligen entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe eingestellt hat bzw. die Einstellung plant?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

16. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum ist die Bundesregierung nicht auf das Angebot einer freiwilligen Selbstverpflichtung zum Betrieb von Reservekraftwerken (wie z. B. des „Entwurfs des BDEW im Rahmen der Abstimmung zu einer Selbstverpflichtung der Energiewirtschaft zur

- Sicherstellung ausreichender Erzeugungskapazitäten“ vom 25. Juli 2012) eingegangen, und auf welcher Basis sieht die Bundesregierung aktuell noch Einigungsmöglichkeiten mit der Energiewirtschaft?
17. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zur von der Europäischen Kommission vorgesehenen Mittelaufstockung für die „Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden“ (ACER), welche für die fristgemäße Erfüllung der in der „Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts“ (REMIT) angelegten Kompetenzen dringend nötig ist, und welche konkreten Schritte tut sie dafür?
18. Abgeordnete  
**Beate  
Walter-  
Rosenheimer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sind Bohrungen nach Gasvorkommen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten (so, wie derzeit am Langbürgner See in Bayern geplant) nach Einschätzung der Bundesregierung mit geltendem Bergrecht vereinbar, und wenn ja, wieso?
19. Abgeordnete  
**Beate  
Walter-  
Rosenheimer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wieso hat die Bundesregierung keine Vorkehrungen getroffen, dass nicht in Natur- und Landschaftsschutzgebieten nach Gasvorkommen gebohrt werden darf?
20. Abgeordnete  
**Katja  
Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Rüstungsgeschäft zwischen der indonesischen Regierung und dem Konzern Rheinmetall AG, das die Lieferung von modernisierten Panzern an die indonesischen Streitkräfte zum Gegenstand hat, und welche Panzer-Reimporte hat die Bundesregierung in den letzten drei Jahren genehmigt?
21. Abgeordneter  
**Dr. Rolf  
Mützenich**  
(SPD)
- Unterstützt die Bundesregierung finanziell die von Indonesien bestätigte Lieferung von 130 gebrauchten Leopard-2-Panzern, und sind diese Panzer – ebenso wie die für Saudi Arabien vorgesehene Version (vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 12. August 2012) – technisch geeignet zum Kampfeinsatz auch gegen die Zivilbevölkerung in städtischen Räumen?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

22. Abgeordneter  
**Dr. Rolf Mützenich**  
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Probleme Indonesiens (Achtung der Menschenrechte, Einsatz der Streitkräfte im Inneren, Gewaltenteilungsproblematik, Beziehungen zum Nachbarn Demokratische Republik Timor-Leste) ein, und welche politischen Konsequenzen zieht sie aus dieser Einschätzung?
23. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welches Material hat die Bundesregierung seit 2008 an die malischen Streitkräfte geliefert (bitte aufschlüsseln nach Materialtyp, -wert und Lieferjahr), und welche Ausbildungsmaßnahmen wurden seit 2008 von der Bundeswehr für die malische Armee erbracht (bitte aufschlüsseln nach Art der Maßnahme, Zeitraum und Anzahl der beteiligten Bundeswehrsoldaten)?
24. Abgeordnete  
**Karin Roth**  
(Esslingen)  
(SPD)
- Wie beurteilt das BMZ die gewalttätigen Übergriffe gegen die muslimische Minderheit der Rohingyas im Bundesstaat Rakhine in Myanmar, und welche konkreten humanitären Hilfsmaßnahmen ergreift bzw. erwägt die Bundesregierung bilateral, multilateral und gemeinsam mit den europäischen Partnern zur Bewältigung des Flüchtlingsproblems in Myanmar?
25. Abgeordnete  
**Karin Roth**  
(Esslingen)  
(SPD)
- Wie ist die Position der Bundesregierung in den Verhandlungen zum MFR 2014 bis 2020 der Europäischen Union im Hinblick auf die geplanten Finanzmittel für das Forschungsprogramm „Horizont 2020“, und in welcher Höhe (relativ und absolut) sollen, nach Auffassung der Bundesregierung, hiervon Gelder für die Forschung zur Bekämpfung vernachlässigter und armutsassoziierter Krankheiten und Fragen der globalen Gesundheit zur Verfügung gestellt werden?
26. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Um wie viel Prozent möchte die zyprische Ratspräsidentschaft in der von ihr am 30. Oktober 2012 vorgelegten Verhandlungsbox den Vorschlag der Europäischen Kommission vom 29. Juni 2011 für den MFR 2014 bis 2020 in der Teilrubrik 1a unter Nichtberücksichtigung der Connecting Europe Fazilität, ITER und GMES kürzen, und wie bewertet



die Bundesregierung diese Kürzung im Vergleich zu den Kürzungsvorschlägen bei den Direktzahlungen und marktbezogenen Ausgaben in der Rubrik 2?

27. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung die im Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung (vgl. Pressemitteilung der Bundesregierung vom 21. Juni 2012) mit den Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschlossenen Vereinbarungen bezüglich des MFR 2014 bis 2020 in der von der zyprischen Ratspräsidentschaft am 30. Oktober 2012 vorgelegten Verhandlungsbox umgesetzt, und wie gedenkt die Bundesregierung die Vereinbarungen umzusetzen, soweit es aus ihrer Sicht noch nicht passiert ist?
28. Abgeordneter  
**Klaus Hagemann**  
(SPD)
- Wie wirkt sich der gerade von der aktuellen EU-Präsidentschaft vorgelegte MFR im Einzelnen in Bezug auf die Nettozahlerposition Deutschlands, die Rückflüsse aus Agrar-, Struktur- und Kohäsionsfonds sowie die anteilige Finanzierung von ITER (jeweils nach Möglichkeit in Euro) aus, und welche Vorschläge hat die Bundesregierung im Hinblick auf Ankündigungen des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Michael Link, der Finanzrahmen „gehe in seinen Sparmaßnahmen nicht weit genug“, „bleibe hinter erforderlichen Sparmaßnahmen zurück“, habe „noch nicht die richtigen Akzente, was die Qualität der Ausgaben betrifft“ (FAZ, 1. November 2012), im Einzelnen – unter Angabe des jeweiligen Finanzvolumens – für das angekündigte „moderne Budget“?
29. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Folgen der mehrwöchigen Belagerung und des Beschlusses Bani Walids durch regierungstreue Milizen in Libyen ([www.nytimes.com/2012/10/22/world/africa/libyan-town-under-siege-is-a-center-of-resistance.html](http://www.nytimes.com/2012/10/22/world/africa/libyan-town-under-siege-is-a-center-of-resistance.html)) und über Art und Herkunft der hierbei zum Einsatz gekommenen Waffen, insbesondere auch über die Hinweise auf den Einsatz chemischer Waffen ([www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3139461/machtvakuum-libyen-angst-um-bani-walid.story](http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3139461/machtvakuum-libyen-angst-um-bani-walid.story)), vor?

30. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung zwischenzeitlich über die genaueren Umstände des Abschusses eines türkischen Kampfflugzeugs vom Typ F-4E Phantom am 22. Juni 2012 (dessen Position zum Zeitpunkt des Abschusses, Position sowie der Zustand der Wrackteile) vor, und wie beurteilt die Bundesregierung die zunächst aus Sicht der Fragestellerin sehr einseitigen Stellungnahmen des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, sowie der NATO zugunsten der Türkei anlässlich von Granateinschlägen nahe der syrischen Grenze in der Türkei vor dem Hintergrund, dass der Oberbefehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, Generalleutnant Mark P. Hertling, jüngst einräumte, dass der Ursprung der Granaten und wer sie abgefeuert habe, bislang ungeklärt sei ([www.state.gov/r/pa/prs/dpb/2012/10/199884.htm](http://www.state.gov/r/pa/prs/dpb/2012/10/199884.htm))?
31. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie wird das Auswärtige Amt, angesichts der bisherigen „Untätigkeit des Auswärtigen Amtes“ im Fall Dadaab, durch die Übertragung der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe (ENÜH) vom BMZ auf das Auswärtige Amt (jetzt entwicklungs-fördernde und strukturbildende Übergangshilfe, ESÜH), künftig sicherstellen, Fehlsteuerungen zu vermeiden, und wäre es angesichts des von Bundesminister Dirk Niebel konstatierten Kompetenzproblems im Auswärtigen Amt nicht angebracht, die Mittel wieder in jenes Bundesministerium zu geben, das dieses Kompetenzproblem nicht hat (vgl. Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 31. Oktober 2012)?
32. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen werden ab Januar 2013 in und um Dadaab finanziert (bitte genau nach Höhe der Finanzierung, Trägern und Haushaltstiteln aufschlüsseln), und sind andere, in Zusammenhang mit Dadaab stehende Projekte, die zum Teil auch an anderen Orten in Kenia durchgeführt werden, ebenfalls von der Verlagerung der ENÜH vom BMZ auf das Auswärtige Amt (jetzt ESÜH), betroffen (bitte ggf. die Projekte einzeln benennen)?
33. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung rund 100 Mio. Euro im EU-Haushalt einsparen will (vgl. [www.topagrar.com](http://www.topagrar.com)), ohne dabei das Budget der gemeinsamen Agrarpolitik zu kürzen?

34. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung das aus Sicht des Fragestellers eher wissenschaftlich begründete Urteil einer strategischen Manipulation der Eurobarometer-Umfrage durch die Europäische Kommission (vgl. Höpner/Jurczyk in Leviathan, 3/2012, S. 345 f.), und inwiefern wird die Bundesregierung gegenüber der Kommission zu dieser Strategie Stellung nehmen, die nach Ansicht des Fragestellers eine Scheinlegitimation der EU darstellt und angesichts der öffentlichen Interpretation durch die Kommission (Beispiele ebd. S. 341 und 342) eher als Propaganda gesehen werden kann?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

35. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Details kann die Bundesregierung zum Tod von 58 Flüchtlingen am 28. Oktober 2012 bei Gibraltar erläutern, deren tödlicher Schiffbruch nach unterschiedlichen Medienberichten (<http://ffm-online.org/2012/10/29/58-tote-bei-gibraltar-pro-asyl-erklarung-29-10-2012-18-uhr>) 13 Stunden zuvor von einem Flugzeug im Rahmen der FRONTEX-Mission „Indalo“ fotografiert worden war, wobei unklar ist, ob es sich um ein deutsches oder ein maltesisches Flugzeug handelte (zumal Malta sich 2011 nicht an „Indalo“ beteiligte), und ist der Grund für die zu späte Hilfeleistung für die Ertrinkenden darin zu suchen, dass FRONTEX, die spanischen oder andere Behörden auf einer „Push-back“-Aktion bestanden, damit die Migrantinnen und Migranten von marokkanischen Schiffen aufgegriffen werden und nicht in die EU einreisen (falls nein, bitte anderweitige Gründe ausführen)?
36. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Möglichkeiten hat das Bundesministerium des Innern in seinem Evaluationsbericht zum deutschen Projekt der Beratung des Libanon in Fragen der Grenzsicherheit für eine deutsche (grenz-)polizeiliche Unterstützung des Libanon bei der Verbesserung des Grenzmanagements beschrieben (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 39, Plenarprotokoll 17/200, Anlage 26), und inwiefern werden diese Möglichkeiten umgesetzt?

37. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Gutachten von Professor Dr. Markus Heintzen, welches im Auftrag der Stadt Bonn sowie der Kreise Rhein-Sieg und Ahrweiler zum Berlin/Bonn-Gesetz zu dem Ergebnis kommt, dass weniger als 50 Prozent der Bundesministeriumsposten sich inzwischen nur noch in Bonn befinden würden, und wie viele Bundesministerialarbeitsplätze befanden sich zum 1. Oktober 2012, nach Bundesministerien aufgeschlüsselt, in Bonn und Berlin?
38. Abgeordnete  
**Katja Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des Rechtsgutachtens von Professor Dr. Markus Heintzen zu den „Strukturellen und aktuellen Problemen des Berlin/Bonn-Gesetzes“, wonach die derzeitige Verteilung der Arbeitsplätze zwischen Bonn und Berlin objektiv rechtswidrig ist, da die gesetzlichen Vorgaben in § 4 Absatz 4 des Berlin/Bonn-Gesetzes nicht eingehalten werden?
39. Abgeordneter  
**Memet Kilic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen im Einzelnen und seit wann hat die Bundesregierung über die Erkenntnisse der deutschen Sicherheitsbehörden, nach denen radikale Salafisten Anfang des Jahres 2012 eine „beachtliche Geldsumme aus einem arabischen Golfstaat“ für die Finanzierung der seit einem Jahr stattfindenden Koran-Verteilaktion erhalten haben (vgl. DIE WELT vom 16. Oktober 2012)?
40. Abgeordneter  
**Memet Kilic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die auf EU-Ebene zur sog. Aufnahmeleitlinie erzielte Einigung, Arbeitsverbote für Asylbewerber dürften neun Monate nicht überschreiten, umsetzen, und beabsichtigt sie, lediglich die gemeinschaftsrechtlichen Mindestvorgaben umzusetzen oder darüber hinaus die Dauer der Arbeitsverbote weiter zu verkürzen oder ganz aufzuheben?
41. Abgeordneter  
**Josef Philip Winkler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie geht die Bundesregierung mit der Problematik um, dass durch den faktischen Bearbeitungs- und Entscheidungsstopp des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (siehe Debatte des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 24. Oktober 2012) für Flüchtlinge aus Staaten mit hohen Anerkennungquoten, wie beispielsweise Afghanistan, Iran und Syrien, sich gerade dieser Personenkreis auf unabsehbare Zeit in einer perspektivlosen Lage befindet?

42. Abgeordnete  
**Halina Wawzyniak**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wird die Bundesregierung dem Wunsch der hungerstreikenden Flüchtlinge am Brandenburger Tor entsprechen, mit ihnen über ihre politischen Forderungen ins Gespräch zu kommen (durch wen, wann), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die Protestierenden offenkundig derart unter den Restriktionen des geltenden Asylsystems leiden, dass sie solche persönlich höchst belastenden Formen des Protests einzugehen bereit sind (Protestfußmarsch über hunderte Kilometer nach Berlin, Hungerstreik im Freien, bei Kälte, Tag und Nacht)?
43. Abgeordnete  
**Halina Wawzyniak**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, die Forderungen der hungerstreikenden Flüchtlinge am Brandenburger Tor bzw. des Protestcamps am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg nach Abschaffung von Sondergesetzen (der Residenzpflicht, der Arbeitsverbote und -restriktionen, des Asylbewerberleistungsgesetzes und der verpflichtenden Lagerunterbringung) zumindest zu prüfen oder aufzugreifen, und inwieweit berücksichtigt die Bundesregierung dabei, dass die Betroffenen sich aktiv und produktiv in die deutsche Gesellschaft einbringen wollen, statt infolge der gesetzlichen Beschränkungen zu Isolation, Untätigkeit und finanzieller Abhängigkeit gezwungen zu sein (bitte ausführen)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

44. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit gibt es gesetzliche Bestimmungen, wonach die Versicherungswirtschaft Kfz-Versicherungstarife nach Lebensalter der Fahrerinnen und Fahrer differenzieren muss oder darf?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

45. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um beim ECOFIN (Rat für Wirtschaft und Finanzen) am 13. November 2012 einen Beschluss zur Genehmigung der verstärkten Zusammenarbeit für eine Finanztransaktionsteuer gemäß der von der Kommission vorgeschlagenen Beschlussfassung zu erreichen, und mit welchen Vorschlägen zur Ausgestaltung der Steuer (gemäß der interfraktionellen

Vereinbarung vom 21. Juni 2012) wird sich die Bundesregierung im darauf folgenden Prozess einbringen?

46. Abgeordnete  
**Dr. Martina Bunge**  
(DIE LINKE.)
- Welchen Gruppen von Betroffenen, die nicht formal als Verfolgte des NS-Regimes im Sinne des § 1 des Bundesentschädigungsgesetzes anerkannt sind, kann eine Steuerbefreiung nach § 3 Nummer 8a des Einkommensteuergesetzes gewährt werden, und wie soll eine hinreichende Information der Betroffenen und der Beschäftigten in den Finanzbehörden und bei der Deutschen Rentenversicherung erreicht werden (vgl. Antwort der Bundesregierung vom 4. Oktober 2012 auf meine Schriftliche Frage 31 auf Bundestagsdrucksache 17/10925)?
47. Abgeordnete  
**Dr. Martina Bunge**  
(DIE LINKE.)
- Welche Bedingungen (Art der Prüfung, Form, Inhalt und Umfang der Unterlagen) sind bisher als Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung anerkannt worden, und wäre nicht angesichts des zumeist hohen Alters der Betroffenen eine regelhafte Einbeziehung des Verfolgtenstatus nach Entschädigungsrentengesetz sinnvoll?
48. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorhaben der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) Garantien in Höhe von 40 Mio. Euro für die Vermarktung von Saatgut und Pflanzenschutzmitteln in Osteuropa bzw. der Türkei bereitzustellen (Monsanto Risk Sharing), und welche Position wird die Bundesregierung bei der Entscheidung über diese Garantiebewilligung Mitte Januar 2013 bei dem Treffen der Mitgliedsländer der EBRD einnehmen?
49. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die möglichen Auswirkungen des Projekts „Monsanto Risk Sharing“ der EBRD auf die agrarwirtschaftlichen Strukturen in (Ost-)Europa vor dem Hintergrund der erheblich gestiegenen globalen Konzentration der Saatgutmärkte mit einer dominierenden Marktmacht weniger großer Konzerne wie die Monsanto Agrar Deutschland GmbH, insbesondere im Hinblick auf den Verlust an Agrobiodiversität, der genetischen Sortenvielfalt bei Nutzpflanzen und der Verfügbarkeit von nichtgentechnisch verändertem Saatgut für die Landwirtschaft?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

50. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 zum Asylbewerberleistungsgesetz (1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11), nach welchem die in Artikel 1 Absatz 1 GG garantierte Menschenwürde migrationspolitisch nicht zu relativieren ist, bei flüchtlingsrechtlichen Fragen (Residenzpflicht, Existenzminimum, Sachleistungen, Arbeitserlaubnis, Integrationskurse etc.), und wann wird sie dieses Urteil umsetzen?
51. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung es für zulässig, dass Vermittler beim Jobcenter Arbeitslose (mit oder ohne deutsch klingendem Namen) im Vermittlungsgespräch zu einem eigenem Migrationshintergrund oder einem etwaigen der Eltern befragen, wie mir dies vom Jobcenter in Berlin-Steglitz berichtet wurde, und wie rechtfertigt die Bundesregierung gegebenenfalls solche Fragen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

52. Abgeordneter  
**Friedrich Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Position bezieht die Bundesregierung zu den Forderungen, bei der Novelle des Tierschutzgesetzes kein Verbot des Schenkelbrands bei Pferden einzuführen und den Zeitpunkt für das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration über 2017 hinaus zu verschieben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

53. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht und welche Aktivitäten unternimmt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass nach Selbsteinschätzung 94 Prozent der Frauenhäuser für Frauen mit Behinderungen „nicht geeignet“ oder nur „teils-teils geeignet“ sind und lediglich 25 Prozent der Fachberatungsstel-

len sich als für Frauen mit Behinderungen geeignet erweisen (siehe Unterrichtung durch die Bundesregierung, Bericht zur Situation der Frauenhäuser, der Fachberatungsstellen und anderer Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder, Bundestagsdrucksache 17/10500)?

54. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention am 26. März 2012 zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen mit Behinderungen, insbesondere mit Blick auf die Artikel 5, 6, 16, 17, 23, 25 und 31, getan, und welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

55. Abgeordneter  
**Harald Weinberg**  
(DIE LINKE.)
- Sehen die Pläne der Bundesregierung für den Fall, dass sie die Praxisgebühr abschaffen, aussetzen oder umgestalten will, einen Ausgleichsmechanismus für die Krankenkassen vor, die dadurch bevorteilt oder benachteiligt würden?
56. Abgeordneter  
**Harald Weinberg**  
(DIE LINKE.)
- Welche Merkmale an der Versichertenstruktur von Krankenkassen führen zusammen mit den Plänen der Bundesregierung bezüglich der Praxisgebühr zu einer künftigen Besser- oder Schlechterstellung dieser Kassen, gemessen am Status quo?
57. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der in der Fernsehsendung Frontal 21 vom 30. Oktober 2012 erhobenen Vorwürfe, dass die gesetzliche Krankenkasse KKH-Allianz (Ersatzkasse) schwer erkrankte Mitglieder zur Kündigung gedrängt haben soll (laut Medienberichten vom 1. November 2012 hat die Aufsichtsbehörde, das Bundesversicherungsamt, bis Anfang der Woche eine Antwort der Krankenkasse eingefordert), und welche Konsequenzen bzw. Sanktionen erachtet die Bundesregierung zum Schutze der Mitglieder für notwendig, sollten sich diese Vorwürfe bestätigen oder ähnliche Vorfälle ereignen?



58. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung weiterhin der Meinung, dass der derzeit existierende krankheitsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA), der einen gewissen finanziellen Ausgleich zwischen den einzelnen Krankenkassen auch hinsichtlich des Krankheitszustands ihrer Versicherten und der daraus entstehenden Behandlungskosten erzeugen soll, ausreichend sei bzw. gar reduziert und vereinfacht werden sollte, wie es im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP steht, oder stimmt die Bundesregierung damit überein, dass trotz Morbi-RSA gesunde Versicherte weiterhin für die Krankenkassen das bessere Risiko darstellen und insbesondere bei der Abdeckung der Leistungsausgaben für multimorbide Versicherte Verbesserungsbedarf besteht?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

59. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Festlegungen des Bundes schreiben vor, dass die Länder die Realwerte statt der Nominalwerte der Vorhaben zum Bundesprogramm des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) anmelden müssen, und wie verhält sich die Bundesregierung dazu, dass nur die aktuellen Nominalwerte die tatsächlichen Gesamtkosten der Vorhaben im GVFG-Bundesprogramm wiedergeben?
60. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Möglichkeit, eine Gesetzesgrundlage zu schaffen, die definiert, unter welchen Umständen eine Vollschranken- in eine Halbschrankenanlage umgewandelt werden kann, und in welcher Weise beabsichtigt sie, in dieser Frage aktiv zu werden?
61. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Warum hat die Deutsche Bahn AG nach Kenntnis der Bundesregierung ihre öffentliche Ankündigung vom April 2012 (vgl. DER TAGESSPIEGEL, 27. April 2012 und Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Ausbleibende Unterstützung für den Zug der Erinnerung“, Bundestagsdrucksache 17/11227), 30 000 Euro aus Gebühren, die der Zug der Erinnerung an Gebühren entrichtet hatte, an die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) zu spenden, bislang nicht umgesetzt, und inwieweit wird sie diese Ankündigung noch umsetzen?

62. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Organisationen und Interessengruppen auch von studentischer Seite sollen zu dem vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, vorgeschlagenen runden Tisch zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende, der noch nicht terminiert ist, eingeladen werden, und mit welchen eigenen Initiativen auch finanzieller Art und Vorschlägen über bloße Appelle oder Vorwürfe an die Adresse der Länder, sie seien für den Wohnungsmarkt zuständig, auf der Anklagebank sitze aber der Bundesminister und nicht ein Landesminister (siehe „Ramsauer will Studenten kasernieren“, erschienen in der FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 17. Oktober 2012) hinaus werden der Bundesminister und die Bundesregierung den runden Tisch zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende zum Erfolg führen?
63. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung darauf verzichtet, in der vergangenen Sitzung des Aufsichtsrates der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FFB) am 1. November 2012 auf die Ablösung des Flughafenchefs Dr. Rainer Schwarz zu drängen, und wird die Bundesregierung weitere Gelder für den Flughafen Berlin Brandenburg (BER) bereitstellen, wenn Dr. Rainer Schwarz im Amt bleibt?
64. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Verbesserung des Schienenverkehrs zwischen Deutschland und Polen, und welchen konkreten Zeitplan bezüglich der Umsetzung der Einzelmaßnahmen legt die Bundesregierung derzeit zugrunde?
65. Abgeordneter  
**Gustav Herzog**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die im Rahmen der Umstrukturierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) beabsichtigte Errichtung einer Generaldirektion auch ohne ein Rechtsbereinigungsgesetz durchzuführen, und wenn ja, welche Aufgaben wird diese zusätzliche Behörde übernehmen, wenn nicht im gleichen Zug die sieben Wasser- und Schifffahrtsdirektionen in Außenstellen umgewandelt werden?
66. Abgeordneter  
**Gustav Herzog**  
(SPD)
- Welche Investitionen werden an Binnenwasserstraßen der Kategorie „sonstige Wasserstraßen“ in Zukunft noch durchgeführt, wenn die Bundesregierung ihre Pläne im Rahmen der Reform der WSV um-

setzt, und was entgegnet die Bundesregierung Wassersportlern und -touristen, die um Instandhaltung und Betrieb der Schleusen von Binnenwasserstraßen fürchten, auf denen kein gewerblicher Gütertransport stattfindet?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

67. Abgeordneter  
**Herbert  
Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, dass der MOX-Transport (MOX: Mischoxid) über den Weser-Tunnel geschickt werden könnte, obwohl dort bei einem Brand die Hitze nicht abziehen kann und der Behälter nur auf einen 30-minütigen Brand von 800 °C ausgelegt ist, obwohl z. B. ein Propangasbrand 2 000 °C erreichen kann?
68. Abgeordneter  
**Herbert  
Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass der MOX-Transport über die A 27 Richtung Bremen geschickt werden könnte, obwohl der Transport dann zwischen der Abfahrt Uthlede und Schwannewede wegen einer Baustelle voraussichtlich bis zum 21. November 2012 einspurig über 10 km auf der Gegenseite geführt werden müsste und es dabei durch die Einwirkung von Dritten leicht zu einem Unfall kommen könnte?
69. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche inhaltlichen Punkte sollen nach jetzigem Stand auf der kommenden Sitzung der Deutsch-Tschechischen Kommission am 12. November 2012 in Berlin behandelt werden – bitte möglichst konkrete Angabe inkl. Hinweis, ob sie bereits Bestandteil einer (ggf. vorläufigen) Tagesordnung sind –, und welche Punkte hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) unabhängig davon bzw. darüber hinaus bislang für sich ins Auge gefasst, die es ansprechen/behandeln möchte (bitte ebenfalls möglichst konkrete Angabe)?
70. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Seit wann liegt dem BMU die Schweizer Studie „Probabilistische Erdbebengefährdungsanalyse für die KKW-Standorte in der Schweiz“ inklusive Anlagen aus dem Jahr 2004 vor (sog. Pegasos-Studie), und hat das BMU – unabhängig davon, dass es

keine Atomaufsichtszuständigkeit für Schweizer Atomkraftwerke innehat – zu dieser Studie interne Auswertungen/Vermerke erstellt (ggf. bitte mit Erläuterung)?

71. Abgeordneter  
**Dr. Hermann E. Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit schließt sich die Bundesregierung der kürzlich veröffentlichten Position der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) e. V. zu den „Anpassungsstrategien in der Klimapolitik“ an, und plant die Bundesregierung diese Position in ihrer Klimapolitik zu berücksichtigen (bitte mit Begründung)?
72. Abgeordneter  
**Dr. Hermann E. Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass – insbesondere angesichts der aktuellen Sturmereignisse in den USA – die von der acatech getroffene Aussage, dass die Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland für die kommenden Jahrzehnte in der Regel beherrschbar sind (vgl. [www.acatech.de/de/aktuelles-presse/sonderseiten/anpassung-klimawandel.html](http://www.acatech.de/de/aktuelles-presse/sonderseiten/anpassung-klimawandel.html)) verharmlosend wirkt, und welche Schlüsse zieht sie aus dem Rückzug renommierter Klimaforscher wie Hans von Storch und Wolfgang Cramer sowie Dr. Paul Becker vom Deutschen Wetterdienst und von Jürgen Schmid vom Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik, die während der Erarbeitung ihre Mitarbeit wegen fehlender „Tiefe“ aufgekündigt hatten ([www.faz.net/aktuell/wissen/klima/klimaforschung-wie-man-wissenschaft-im-regen-stehen-laesst-11894823.html](http://www.faz.net/aktuell/wissen/klima/klimaforschung-wie-man-wissenschaft-im-regen-stehen-laesst-11894823.html))?